

# Wetterleuchten über Europa

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158523>

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

mut, aber aufrechten Hauptes vollzog: wie etwa ein Totentanzdichter den Arzt, dem Leben und Sterben im Innersten vertraut ist, wissend hinübergehen läßt. Es vermischten sich zuletzt die Grenzen zwischen Leben und Dichten, da auf beiden derselbe verklärende Glanz der Größe lag.

## Wetterleuchten über Europa.

Von \*\*

Die folgenden Ausführungen stammen aus der Feder eines in Paris lebenden Sudetendeutschen. Sie vermitteln eine Beurteilung der aktuellen mitteleuropäischen und weiteren Probleme vom judetendeutschen Gesichtspunkt aus.

Die Schriftleitung.

Seit dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich hat sich der europäischen Diplomatie, vor allem in den Weststaaten, eine Nervosität bemächtigt, die wohl nur mit den Vorgängen im Sommer 1914 in Parallele gesetzt werden kann. Es erfüllt einen immer wieder mit Staunen, daß dieser Schritt, der durch das „Ja“ von 99 % der Einwohnerschaft Österreichs mit Begeisterung gutgeheißen wurde, in der übrigen Welt auf soviel Nichtverstehen und Mißgunst gestoßen ist. Erklärlich ist dies nur dadurch, daß die interessierten Mächte in Westeuropa über die wahre Stimmung der deutschen Bevölkerung Österreichs grundlegend falsch unterrichtet waren. Man hatte den Versicherungen der Regierung Schuschnigg über ihre Verankerung im Volke allzu bereitwillig Glauben geschenkt und stand nun fassungslos vor einem Ereignis, das gleichsam wie eine „Naturkatastrophe“ wirkte; besonders in Paris, wo man niemals den Gedanken aufgegeben hatte, das deutsche Land Österreich als Stützpunkt einer antideutschen Ostpolitik in die außenpolitischen Konzeptionen einzusetzen.

Aus dem inneren Nichtbegreifen-Können des Zusammenstrebens der Deutschen in Österreich, die jahrelang unter schwerstem seelischen und materiellen Drucke standen, und den Deutschen im Reiche — man versuche doch einmal einem Westeuropäer den Begriff des „Volkstumes“ klar zu machen! — ergab sich eine politische Psychose, unter deren Auswirkungen Europa im Augenblick sorgenerfüllte Wochen durchlebt. Vor den Augen der Franzosen zeichnete sich plötzlich das Gespenst einer „deutschen Hegemonie“ über ganz Europa ab. Ganz offen vertrat man die Ansicht, daß nach der „Erlebigung“ Österreichs nun die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Rumänien „darankommen“ würden. Habe Deutschland aber erst einmal diese weiten Ländermassen, die besonders wegen ihrer reichen Rohstoffe Bedeutung besitzen, unter seine Herrschaft gebracht, dann werde es zum „Revanchekrieg“ gegen Frankreich schreiten. Daß dieser Gedanke einer Bedrohung der Ostgrenze des französischen Staates durch einen deutschen Angriff immer noch dem an sich friedensbedürftigen französischen Volke eingehäm-

wert wird, gehört zu den bedauerlichsten Erscheinungen der gegenwärtigen Politik. Wenn man schon den wiederholt höchst offiziell abgegebenen Erklärungen deutscher Staatsmänner keinen Glauben schenken will, so sollte man doch die Stimmung im deutschen Volke ehrlich erforschen. Mit Staunen würde man dabei feststellen müssen, daß dem deutschen Volke kaum etwas ferner liegt als ein „Revanchekrieg“ gegen Frankreich.

Immerhin setzte die Pariser Diplomatie aus diesem Gefühl der Beunruhigung mit Hochdruck ein. Das Ergebnis war der Besuch Daladiers und Bonnets in London, der sich in einer Atmosphäre betonter Herzlichkeit abwickelte. Das Ziel, das sich die Franzosen gesetzt hatten: einerseits die Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, andererseits die lebhaftere Interessierung Großbritanniens an den Vorgängen in Mitteleuropa, haben sie erreicht. Freilich mußten sie dafür erhebliche Zugeständnisse in der Abessinien-, Mittelmeer- und Spanienfrage machen. Wenn wir richtig unterrichtet sind, so hat auch hier der Gedanke einer „deutschen Hegemonie“ über Europa eine sehr maßgebliche Rolle gespielt. Die französischen Politiker sollen dieser Ansicht eine bizarre und besonders die Engländer interessierende Note gegeben haben. Würde das Reich erst einmal seine Vormachtstellung in Europa begründet haben, dann würde es die alte Wilhelminische Bagdad-Politik wieder aufnehmen und eines schönen Tages an die Pforten Indiens klopfen. Wenn man auch geneigt ist, solche Gedankenführungen über die deutsche Außenpolitik in das Reich der Utopie zu verweisen, so darf man nicht vergessen, daß mitunter im politischen Leben und im Denken der breiten Massen auch utopische Darstellungen das Schwergewicht politischer Realitäten gewinnen. Daß die Überredungskraft der von den Franzosen vorgeführten Argumente nicht ohne Wirkung blieb, zeigt die Tatsache, daß man heute mit dem Vorhandensein eines englisch-französischen Militärbündnisses rechnen kann. Wenn auch kein formeller Vertrag abgeschlossen wurde, so genügt es vollkommen, wenn man bereits die strategischen Aufgaben zwischen den Luftflotten der beiden Länder aufgeteilt hat, wenn die gemeinsamen Operationen der Seestreitkräfte beraten werden, wenn man gemeinsame Lager von Rohstoffen und Lebensmitteln anlegt, wenn man sich über den Ankauf von Flugzeugen in den Vereinigten Staaten und Kanada unterhält usw. Tatsächlich sind auch bereits die ersten französischen Aufträge für die Lieferung von 100 Flugzeugen nach den Vereinigten Staaten vergeben worden. Dieser letzte Punkt bekommt noch ein großes politisches Schwergewicht. Man kann daraus weitgehende Rückschlüsse auf die politische Haltung der U. S. A. ziehen. Auf welcher Seite deren Sympathien im Falle eines kriegerischen Konfliktes stehen würden, kann im gegenwärtigen Augenblick nicht zweifelhaft sein.

Sobald man in Frankreich des englischen Beistandes im Falle eines Angriffes sicher war, begann die Presse in einer Weise mit dem Säbel zu rasseln, die in früheren Zeiten nicht nur ein-, sondern schon zehnmal den

Ausbruch eines Krieges zur Folge gehabt hätte. Das Stichwort für diese neue Phase der internationalen Politik waren die Vorgänge in und um die Tschoslowakei. Hier hatten die nationalen Auseinandersetzungen einen Siedegrad erreicht. In irgendeiner Form drängten oder drängten sie zur Entscheidung: entweder zu einer friedlichen Lösung durch Verwirklichung der grundsätzlichen Forderungen des völkischen Sudetendeutstums; oder, sollte diese nicht zustande kommen, so erhebt sich die Gefahr eines europäischen Krieges.

Im Zuge der sich immer mehr durchsetzenden Einigungsbewegung im sudetendeutschen Raume und selbstverständlich auch in Auswirkung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich hatten sich nicht nur die bisherigen aktivistischen Parteien — also jene, die durch 12 Jahre die Politik der Prager Regierung vollkommen ergebnislos unterstützt hatten — mit Ausnahme der zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfenden Sozialdemokratie der Partei Konrad Henleins eingegliedert, sondern auch das Selbstbewußtsein der breiten Massen war erheblich gestiegen. Auf eine Volksgruppe, die sich bewußt ist, einem Volke anzugehören, das nun in einem Reiche von 75 Millionen Menschen vereinigt lebt und eine der größten Kräfteballungen des europäischen Kontinents darstellt, mußte die Politik der dauernden Nadelstiche und die hartnäckige Verweigerung auch der primitivsten nationalen Zugeständnisse unerhört aufreizend wirken. Diese Situation wurde noch durch die Haltung gewisser tschechischer Kreise verschärft, die glaubten, eine Chance darin zu sehen, wenn in diesem Augenblicke ein allgemeiner europäischer Konflikt entfacht würde. Man war in nicht unmaßgeblichen Kreisen nicht abgeneigt, um den Preis eines allgemeinen Weltkrieges, der — so glaubte man — im Endergebnis die Niederlage Deutschlands bringen müßte, die Rolle Belgiens oder Serbiens im letzten großen Völkerringen zu übernehmen. Soweit in heutigen Zeiten überhaupt derartige politische Dokumente aufbewahrt werden, wird einmal die Geschichtschreibung alle diese Pläne und Gedanken aufzeichnen, die mehr als einmal bis haarscharf an die Grenze des Krieges herangeführt haben.

Der so tief zu beklagende Zwischenfall von Eger vom 21. Mai, der zwei Sudetendeutschen das Leben gekostet hat, gewinnt erst im Rahmen einer solchen Gesamtbetrachtung seine schwerwiegende Bedeutung. Dann begreift man auch, wie diese Tat eines tschechischen Amtsorganes gleichsam zum Stichwort für die schwerste und gefährvollste Krise werden konnte, die Europa seit dem Weltkriege durchlebt hat und die in dem Augenblicke, da diese Zeilen niedergeschrieben werden, noch keineswegs endgültig überwunden ist.

Diese ganze Entwicklung und Zuspitzung des Problems war natürlich nur möglich, weil man in Prag mit Recht oder Unrecht der unbedingten Unterstützung von Seiten Frankreichs sicher zu sein glaubte. Nach den englisch-französischen Besprechungen ließen es auch gewisse Kreise des Quai d'Orsay keineswegs an Ermunterungen in dieser Richtung fehlen. Umso-

mehr, als man in der ganzen Welt verbreitete, daß in einem derartigen Konfliktssalle England zweifellos an der Seite Frankreichs marschieren würde. Wenn auch erst eine spätere Zeit klarlegen kann, was hier Wahrheit und was Vortäuschung ist, so besteht doch kein Zweifel, daß man in London ebenfalls in der Sorge vor einer „deutschen Hegemonialstellung“ heute derartigen Überlegungen viel geneigter gegenübersteht, als noch vor wenigen Monaten. Selbstverständlich würde es den Engländern noch wesentlich schwerer fallen als den Franzosen, wegen eines ihnen im Grunde genommen ziemlich entfernt liegenden Streitobjektes zu den Waffen zu greifen.

Nebenbei sei nur bemerkt, daß dieser „Kriegswille“ bestimmter Kreise der französischen Politik im Lande selbst zu einer sehr erregten und weitgreifenden Debatte über die wirklichen Bündnisverpflichtungen Frankreichs gegenüber der Tschechoslowakei Anlaß gegeben hat. Kein Geringerer als der Rechtsberater der französischen Regierung, Professor Barthélemy, bestritt rundweg das Vorhandensein irgendwelcher formaler Verpflichtungen. Nach seiner Ansicht sind sowohl die kollektive Sicherheit des Völkerbundes wie auch der Locarno-Pakt rechtlich nicht mehr in Geltung. Da der französisch-tschechoslowakische Bündnisvertrag jedoch *expressis verbis* in diese Vertragsinstrumente eingebaut ist, habe auch er heute keine rechtlich bindende Kraft mehr. Darauf antwortete Tardieu mit der gegenteiligen Meinung, was wiederum Barthélemy zu einer noch schärfer formulierten Replik veranlaßte. Interessant ist es, daß die Nummer des „Temps“, die jenen Artikel des französischen Professors enthielt, in Prag konfisziert wurde, wie auch die nur zitatenweise Wiedergabe seines zweiten Artikels, der im „Gringoire“ erschienen war, aus Zensurgründen unterbleiben mußte.

Während man also in Prag und mehr oder weniger auch in Paris geneigt war, unter Umständen die Dinge in einer verhängnisvollen Form treiben zu lassen, hat England energisch eingegriffen. Wenn die englischen Verantwortungsträger vielleicht auch entschlossen sein sollten, sich im Falle eines Krieges auf die Seite Frankreichs zu stellen, so wollen sie doch alles versuchen, die Dinge einer friedlichen Lösung zuzuführen. Diese Haltung Großbritanniens wurde in diesen kritischen Tagen deutlich sichtbar. London bot alles auf, um eine Explosion mit ihren unabsehbaren Folgen zu vermeiden, und auch der Quai d'Orsay schwenkte auf diese von Whitehall angegebene Linie ein. England versuchte — wie man sich ausdrückte — in Berlin zu „beruhigen“, während es sich bemühte, am Grabschirm wieder vernünftigem Denken zu seinem Rechte zu verhelfen. Daß man von deutscher Seite dem englischen Vorgehen weitgehend Verständnis entgegenbrachte, so daß Chamberlain im Unterhaus erklären konnte, der Reichsminister des Äußeren habe die Bemühungen der britischen Regierung günstig aufgenommen und das Reich teile deren Wunsch, die eingeleiteten Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen, hat zweifellos zur Beruhigung der Lage wesentlich beigetragen.

•



Aus dem schon seit längerem vorhandenen englischen Wunsch, eine Entspannung in Mitteleuropa herbeizuführen und den Ausbruch eines allgemeinen Krieges zu vermeiden, erklärte sich auch die Einladung, die von privater Seite aus an den Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein, zu einem Besuche in London ergangen war. In der Rede, die er vor einigen Wochen und noch vor den englisch-französischen Verhandlungen in Karlsbad auf der Haupttagung der „Sudetendeutschen Partei“ gehalten hatte und in der er sich zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekannt hatte, glaubte man eine neuerliche Bestätigung für den „deutschen Drang nach Osten“ und dem Streben des Reiches nach der „europäischen Hegemonie“ zu sehen.

Was das Bekenntnis Konrad Henleins zum Nationalsozialismus anbelangt, so sei zunächst davon abgesehen, daß es für die maßgebenden tschechischen Stellen durchaus nicht überraschend kam. Man darf als sicher annehmen, daß gerade diese Stellungnahme des sudetendeutschen Führers noch vor der Tagung in Karlsbad in bedeutsamen politischen Kreisen auf tschechischer Seite nicht unbekannt geblieben war. Übrigens hatte auch die tschechische Presse in dieser Richtung deutlich genug geschrieben.

Zum anderen aber hatten sich in der letzten Zeit, sowohl von tschechischer Seite, als besonders von marxistischen und jüdischen Emigrantentreisen her die Bemühungen gesteigert, den inneren und geistigen Kontakt zwischen dem Sudetendeutschtum und seinem gesamten Muttervolke immer mehr zu lockern. Am liebsten hätte man aus dem Sudetendeutschen einen eben solchen Homunkulus zusammengebaut wie den „österreichischen Menschen“ — ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, daß schon einmal solche Spekulationen bösen Schiffbruch erlitten hatten. Es mußte für das Sudetendeutschtum auf die Dauer unerträglich sein, alles, was von völkischen deutschen Menschen in der Vergangenheit und Gegenwart an hohen Werten geschaffen wurde, durch eine solche Heze volksfremder Elemente in den Schmutz gezogen zu sehen. Da es natürlich nicht eine eigene sudetendeutsche Weltanschauung geben kann und das Sudetendeutschtum nicht ein eigenes Volk, sondern nur ein Glied des gesamten deutschen Volkes ist, mußte diese Feststellung Konrad Henleins erfolgen. Das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung schließt natürlich nicht aus, die politische Linie der „Sudetendeutschen Partei“ nach wie vor im Rahmen der demokratischen Bestimmungen des tschechoslowakischen Staates zu führen.

Bei seinem Besuche in London hat Konrad Henlein seinen Standpunkt und die von ihm gesehenen Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung der Frage offen dargelegt. Er hat wohl kaum einen Zweifel darüber gelassen, daß eine innerstaatliche Beruhigung nur um den Preis weitgehender Zugeständnisse von tschechischer Seite in der Richtung der konkreten Verwirklichung der sudetendeutschen Autonomieforderungen möglich sein kann. Seine Ausführungen hatten in London starken Eindruck hinterlassen. Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, ist im Augenblick nicht abzu-

sehen. Die Toten von Eger und die Maßnahmen der tschechischen Regierung, die das sudetendeutsche Gebiet praktisch in den Ausnahmezustand versetzen, haben die Lage zweifellos verschärft. Ob die zwischen der Prager Regierung und der „Sudetendeutschen Partei“ angebahnten Besprechungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, hängt ganz davon ab, ob man sich von tschechischer Seite zu entsprechenden Zugeständnissen bereit zeigt und die außergewöhnlichen Vorkehrungen im sudetendeutschen Gebiet raschestens wieder aufhebt.

Unser Rundblick wäre unvollständig, wenn wir nicht die Entwicklung in den Beziehungen zwischen den Westmächten und Italien einerseits und den Besuch des Reichskanzlers in Rom andererseits berücksichtigen wollten. Allzu sehr greift im heutigen politischen Leben ein Rad in das andere ein, als daß man eines übersehen darf, wenn man die Zusammenhänge wirklich richtig werten will.

Das englisch-italienische Österabkommen hat in diesem Teile Europas, in dem mehr als einmal der Krieg vor der Tür stand, eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Allerdings darf man nicht übersehen, daß der Vertrag erst in Kraft tritt, wenn die spanische Frage bereinigt ist. Und das heißt nach italienischer Auffassung — die London stillschweigend akzeptiert hat —, daß der Sieg Francos auf der Pyrenäen-Halbinsel endgültig gesichert sein muß. So nebensächlich diese Klausel im Augenblick des Vertragsabschlusses schien, so große Bedeutung kann sie unter Umständen noch gewinnen.

Man erinnert sich, daß unmittelbar nach den englisch-italienischen Vereinbarungen über Druck von London auch italienisch-französische Besprechungen in Gang kamen. Französischerseits hat man sehr wenig mit den wahren Absichten dieses Manövers hinter dem Berg gehalten, so daß sowohl in Berlin wie in Rom Verstimmung entstehen mußte. Man sah nämlich in Paris die Verhandlungen nicht als einen Beitrag zur Regelung der Verhältnisse im Mittelmeerraum an, sondern gab ihnen eine eindeutig gegen Deutschland gerichtete Spitze. In diesen Wochen war die ganze französische Presse mit Betrachtungen darüber angefüllt, daß sich hier für Mussolini eine großartige Gelegenheit biete, sich vom „deutschen Drucke“ zu befreien. Man glaubte auf diesem Wege die Achse Berlin-Rom entscheidend schwächen zu können und in der Ferne sah man schon ein neues Stresa winken. Jetzt allerdings, da sich nach dem Besuche Hitlers in Rom diese Spekulation als hundertprozentig falsch erwiesen hat, ist man am Quai d'Orsay schwer verstimmt und enttäuscht, daß die so hoffnungsvoll begonnenen Verhandlungen sich bis auf weiteres totgelaufen haben. Besonders hat man es dem Duce verübelt, daß er in seiner Rede in Genua die spanische Frage als Kernproblem für die Beseitigung der italienisch-französischen Spannung hingestellt hat. Man sieht darin umsomehr eine Unfreundlichkeit, als man glaubte, in Genf — wo man mit England und gegen Sowjetrußland sich für die Lösung des abessinischen Problems im

italienischen Sinne eingelegt hatte — bereits eine deutliche Geste des „guten Willens“ Frankreichs gegeben zu haben. Mussolini, an dessen Entschlossenheit, Franco unbedingt zum Siege zu verhelfen, nicht gezweifelt werden kann, ist natürlich nicht in der Lage, dieses Verhalten Frankreichs als besonderes entgegenkommen zu eskompptieren, umso mehr, als man in Rom natürlich sehr genau weiß, wie sehr Frankreich Not-Spanien unterstützt. Es ist daher selbstverständlich, daß die Spanien-Frage, die man von französischer Seite am liebsten mit Stillschweigen übergangen hätte, in den Besprechungen zwischen Rom und Paris eine ausschlaggebende Rolle spielen muß. Wer die französische Presse in diesen Tagen verfolgte, spürte deutlich, welche harte Entgegensetzung es in diesem Punkte gibt. Nicht umsonst tauchten sehr deutliche Anspielungen auf, die darauf hinwiesen, daß der englisch-italienische Vertrag erst nach der Lösung des spanischen Problems wirksam werden kann. Es wird offensichtlich, daß hier der Versuch gemacht wurde, eine Funktimierung zwischen dem Osterabkommen von Rom und den italienisch-französischen Besprechungen herzustellen. Der Wunsch, dadurch auf Mussolini einen Druck auszuüben, wird deutlich erkennbar. Daß die französischen Linkskreise eifrig bemüht sind, eine Einigung in der Spanienfrage zwischen Rom und Paris, damit zugleich das Inkrafttreten des englisch-italienischen Vertrages zu verhindern, versteht sich von selbst. London, das sein sorgsam ausgeklügeltes Abkommen mit Italien in großer Gefahr sah, griff wiederum in Paris ein. Es erreichte schließlich, daß sich neuerlich der Nichteinmischungsausschuß mit der spanischen Frage befaßt wird. Im Grundsätzlichen hat sich der Quai d'Orsay für die in diesem Ausschuß bevorstehenden Verhandlungen weitgehend der englischen Linie genähert. Eine Kompromißlösung im Nichteinmischungsausschuß scheint daher möglich.

\* \* \*

Niemand stellt in Abrede, daß die gegenwärtigen Wochen mit unerhörten Spannungen geladen sind. Man muß nur hoffen, daß das Gewitter, dessen Grollen schon so laut hörbar wurde und von dem schon einzelne Blitze aufleuchten, noch einmal ohne verheerende Entladung vorübergeht.

Abgeschlossen am 24. Mai 1938.